

Gegenstand: Vorstellung des neuen Therapieraumes der städt. integrativen Kindertagesstätte Pusteblume

Der Vorsitzende stellt **Frau Heintz**, Leiterin der städt. integrativen Kindertagesstätte Pusteblume und **Frau Bohlender**, Dipl.-Psychologin im Sozialpädiatrischen Zentrum Ludwigshafen vor.

Dank einer großzügigen Spende der M. u. W. Vollmer-Stiftung konnte der Therapieraum angebaut werden.

Frau Heintz weist auf die geringe Zahl der integrativen Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz hin. Zu der Ausstattung des Raumes hat die Stiftung Herzenssache des SWR mit einer Spende beigetragen.

Der päd. Auftrag lautet, dabei sein und aktiv mitarbeiten mit allen anvertrauten Kinder. Alle erforderlichen Therapien werden in dieser Kita angeboten neben der pädagogischen, psychologischen und medizinischen Betreuung. Dies entlastet die Familien.

Frau Bohlender arbeitet als verantwortliche Kooperationspartnerin seit dem Jahr 2000 in der Kita.

Sie koordiniert den therapeutischen und psychologischen Einsatz in allen Außenstellen des SPFZ. Für diese Kita bestehen vertraglich geregelt gute Bedingungen für die Angebote Ergotherapie, Logopädie und Krankengymnastik.

Frau Heintz betreut 60 Kinder, davon 20 Kinder mit Behinderungen. Alle Fachkräfte sind Erzieherinnen mit Zusatzqualifikationen.

Der Vorsitzende und Frau Heintz laden den Sozialausschuss für den 02.06.2007 zum Sommerfest in die städt. integrative Kita Pusteblume ein.

Gegenstand: Vorstellung der Aufgaben der Beratungs- und Koordinierungsstellen (BEKO-Stellen) der Ambulanten Hilfe Zentren

Der Vorsitzende stellt **Frau Wilhelm** vom AHZ Lutz und **Frau Skiendziel** vom AHZ der ökumenischen Sozialstation vor.

Frau Wilhelm und Frau Skiendziel stellen mit Unterstützung von Folien ihre Arbeit vor (siehe Anlage).

Die BEKO-Stelle im AHZ der ökumenischen Sozialstation ist eine Vollzeitstelle, im AHZ Lutz eine $\frac{3}{4}$ Stelle.

80 % der Personalkosten trägt das Land, 20 % bringt der Träger auf.

Die Beratung in den Sprechstunden und vor Ort bei Hausbesuchen ist kostenlos für die Bürgerinnen und Bürger.

Zu den Sozialdiensten der Speyerer Krankenhäuser besteht ein guter Kontakt.

Die Beratung der BEKO-Stellen wurde in den letzten 10 Jahren sehr gut angenommen.

Hinweise erhalten Betroffene vom Seniorenbüro, den Sozialen Diensten, den Kranken- und Pflegekassen, den Hausärzten, über Vorträge und Kurse, über die Tagespresse und das Internet.

Herr Schütt: in Speyer fehlt eine ambulante Tagespflege.

Der Vorsitzende: 10 Plätze werden in diesem Jahr im Marthaheim gebaut.

Herr Ofer: welche Kosten entstehen für die Beratung für die Angehörigen?

Frau Skiendziel: die Beratung ist kostenfrei.

Der Vorsitzende dankt Frau Wilhelm und Frau Skiendziel für ihre gute Arbeit.

Es sei ein Glücksfall, dass wir sie in Speyer haben.

Der Sozialausschuss applaudiert.

**Gegenstand: Jahresbericht der Gesellschaft für Arbeitsmarktintegration (GfA)
Vorderpfalz - Ludwigshafen**

Der Vorsitzende informiert über den tragischen Todesfall des jungen Mannes.

Er wurde montags morgens von der Kriminalpolizei informiert und hat am gleichen Tag die Mutter im Krankenhaus besucht.

Mutter und Sohn waren Klienten der Sozialverwaltung bis 31.12.2004.

Besondere Auffälligkeiten waren im Vorfeld nicht bekannt.

Als Schüler besuchte Herr K. die Förderschule, galt als schwach und antriebsarm, musste an die Arbeit herangeführt werden.

Von Seiten der Verwaltung wurden keine Fehler gemacht.

Auf die Frage nach dem Warum, gab ihm die Mutter bei dem Besuch im Krankenhaus keine Antwort.

Es gab von Mutter und Sohn kein Signal auf Hilfe.

Es muss in Speyer niemand Hunger leiden.

Wir haben dankenswerterweise eine gute organisierte Tafel. Aber für die Mutter kam die Inanspruchnahme der Tafel nicht in Frage.

In der Zeit ihrer gemeinnützigen Arbeit in einem Kindergarten in unmittelbarer Nähe zu ihrer Wohnung, wies nichts daraufhin, dass so etwas geschehen könnte.

Es gab keine Zeichen von Hilferufen nach außen. Hilfe von außen war nicht gewollt. Die Situation ist sehr schlimm und bedauerlich.

Aber auch aus seiner Sicht habe die GfA absolut korrekt gehandelt.

Herr Grohe möchte so viel, wie es geht, zur Information beitragen.

Die GfA werde alles tun, um solche Fälle zu vermeiden. Frau K. werde weiter von der GfA betreut. Z.Zt. sei sie in einer Klinik.

Sie habe einen Antrag mit Hilfe des Kliniksozialdienstes gestellt.

Die Leistungen und Mietkosten werden rückwirkend übernommen. Nach dem SGB II ist das möglich, wenn die Voraussetzungen für eine zweifelsfreie Bedürftigkeit vorliegen.

Der letzte persönliche Kontakt von Herrn K. war im September 2006, davor gab es Einladungen, Vorsprachen bei der GfA und das Nichtwahrnehmen von Terminen. Bereits in der Schulzeit von Herrn K. war es erforderlich ihn anzuschieben. Immer wieder haben Lehrer und Berufsberater versucht ihn zu überzeugen, dass der Chancen wahrnehmen solle.

Lernbehinderte Schüler erhalten zusätzliche Hilfen in Berufsbildungszentren, z.B. Neckargemünd, Homburg/Saar oder Worms. Dieses Angebot seines Berufsberaters habe er nicht angenommen.

Auch im Berufsvorbereitungsjahr an der Berufsbildenden Schule bestand weiter Kontakt mit der Berufsberatung. Die psychologische Untersuchung ergab:

Lernbehinderung ja, psychologische Behinderung bzw. depressives Verhalten nein.

Die Aussage, depressives Verhalten taucht erstmals im Polizeibericht als Aussage der Mutter auf.

Die psychologische Untersuchung wurde 2002 durchgeführt. Vom U 25 Team der GfA war angedacht, Herrn K. erneut untersuchen zu lassen, um abzuklären welchen beruflichen Weg er gehen kann. Ein anberaumter Termin im Februar 2006 wurde nicht wahrgenommen.

Für den 17. September 2006 wurden Mutter und Sohn gemeinsam schriftlich eingeladen um deutlich zu machen, dass Herr K. einer Arbeit nachgehen müsse. Ein Untersuchungstermin am 16. Oktober wurde zugesagt. Herr K. ist nicht erschienen.

Er wurde erneut eingeladen zur Klärung des Grundes seines Fernbleibens.

Auf diese Folgeeinladungen kam keine Reaktion.
Die Post ist nicht zurückgekommen.

Hausbesuche und intensive nachgehende Betreuung sind im SGB II nicht vorgesehen.
An diesem Punkt waren die Bemühungen der GfA beendet.

Es wurden die gesetzlich vorgegebenen Sanktionen eingeleitet und letztendlich die Leistungen eingestellt.

Auch die Mutter hat nicht auf die Einladungen der GfA reagiert. Es sind der GfA keine Krankheiten oder seelischen Belastungen der Mutter bekannt.

Sie hat ihre gemeinnützige Arbeit in der Kindertagesstätte sehr gut gemacht und wird in dem Bericht als „Perle“ bezeichnet.

In dem Bericht gibt es nicht den geringsten Hinweis auf psychische Probleme.

Der GfA ist bekannt, dass es schwierig war das Haus zu betreten. Ein Freund von Herr K. hat berichtet, dass auf Klingeln niemand reagiert. Auf einen Telefonanruf mit sehr langem Klingeln hat Herr K. reagiert. „Du bist's, dann komm.“

Die Kriminalpolizei hat Akteneinsicht bei der GfA und der Stadt Speyer genommen.
Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Zielgruppe des SGB II sind erwerbsfähige Hilfebedürftige. Bei Zweifeln haben wir Möglichkeiten den Sozialen Dienst zu informieren. Eine aufsuchende Arbeit kann nicht geleistet werden. In der Regel sprechen bei Sanktionen die Klienten am nächsten Tag vor.

Herr Ofer: wann wurde das letzte Mal Geld gezahlt?

Herr Grohe: im Dezember 2006

Für Herrn Jung ist der Fall sehr bedauerlich. Er ist erschüttert über den Vorgang, dankt der GfA und Verwaltung für die heutige Information.

Herr Landespfarrer Emrich zweifle an der Qualifikation der Mitarbeiter der GfA.

Belaste die Zahl der Zeitverträge nicht die Qualität der Arbeit?

Haben Sie eine feste Mannschaft mit unbefristeten Verträgen, auf die sich die GfA verlassen könne?

Herr Grohe: die Mitarbeiter sind nicht demotiviert.

Die Mitarbeiter, die von der Stadt Speyer kommen, bringen i.d.R. Erfahrungen aus der Arbeit als Sozialhilfesachbearbeiter mit, auch Erfahrungen mit unseren Klienten. Der Zweifel, dass die Mitarbeiter/innen ihren Aufgaben nicht gewachsen wären, trifft nicht zu. Neue Mitarbeiter werden von erfahrenen Kollegen unterstützt. Wir haben keine Idealbesetzung, aber wir kommen zurecht.

Die Mitarbeiter/innen der GfA hätten bei Hinweisen geholfen.

Für Frau Rieser war dieser Tod fast nicht verhinderbar. Aber wie könnte dies in Zukunft verhindert werden?

Herr Grohe ist sich sicher, dass die Mitarbeiter/innen der GfA solche Situationen durch ihre Initiative schon verhindert haben.

Herr Schütt ist entsetzt und fragt nach der Schuld, die wir moralisch zu tragen haben.

Die vorgetragenen Lösungen basieren auf dem Zufallsprinzip.

Herr Cantzler, weiß als Dipl.-Psychologe, dass Menschen, die aus dem Leben scheiden möchten, dies auch tun.

Das SGB II habe einen systematischen Fehler. Aufsuchende Sozialarbeit müsse Bestandteil dieses Gesetzes werden.

Herr Schütt bittet um Bericht der GfA über mögliche Veränderungen der Verwaltungspraxis, die sich aus der Betrachtung des Falles K. ergeben.

Herr Jung bittet um Einschaltung des Sozialen Dienstes, wenn Klienten 1 bis 2 Monate nicht reagieren.

Für den Vorsitzenden ist der Soziale Dienst völlig ausgelastet. Personell sei das nicht zu machen. Es sei Aufgabe des Bundes hier eine Regelung zu finden. Die Stadt könne diese Aufgabe nicht übernehmen, es sei denn, der Bund erstattet uns die Kosten. Er appelliert an die Bevölkerung zueinander zu stehen und zu schauen, wie es den Nachbarn gehe.

Herr Ofer schließt sich Herrn Jung an.
Hilfe soll es geben in einer zivilisierten Gesellschaft.

Der Vorsitzende macht deutlich, dass der Teil der Gesellschaft, der den Anforderung nicht nachkommen kann, Hilfe brauche.
Um diese Menschen müssen wir uns kümmern.

Wir alle in Speyer sind erschüttert.
Aber er hält fest, dass die Verwaltung und die GfA keine Fehler gemacht hätten.

Herr Grohe stellt die Fallentwicklung im Jahr 2006 vor. Die Folien sind Bestandteil des Protokolls.

14. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Speyer am 10.05.2007

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Verschiedenes

Flyer der BEKO-Stellen

Für alle Mitglieder liegen Flyer und Informationsbroschüren zum Mitnehmen und Verteilen aus.

14. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Speyer am 10.05.2007



14. Sitzung des Sozialausschusses 10.05.2007 **Hanspeter Brohm**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!